Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Nickisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
F. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 37

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 16. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 15. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der allgemeinen Rechnungen über den Reichshaushalt für die Etatsjahre 1884/85 bis 1889/91.

Abg. Dr. **Bachem** (C.) und **Rickert** (Freis. Vg.) bringen wiederum die Frage der justifizirenden Kabinetsordres zur Sprache, durch welche ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers gewisse Ausgabeüberschreitungen niedergeschlagen worden sind, und bitten um eine gründliche Prüfung der Angelegenheit in der Rechnungskommission.

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky** erklärt, daß für die Forderung des Reichstags der Erlaß eines Komptabilitätsgesetzes die nothwendige Voraussetzung sei; es empfehle sich, mit einem solchen Gesetze für das Reich zu warten, bis ein eben solches in Preußen verabschiedet sei.

Finanzminister Dr. **Miquel** theilt mit, daß die Verhandlungen über ein solches Gesetz in den preußischen Ressorts noch fortdauern, daß aber noch nicht gesagt werden könne, wann dieselben zum Abschluß kommen würden.

Darauf werden die Rechnungen der Rechnungskommission überwiesen.

Sodann wird die erste Berathung des **Tabaksteuergesetzentwurfs** fortgesetzt.

Abg. **Molkenbuhr** (S.-D.): Die Behauptung, daß nach Annahme dieser Vorlage der inländische Tabakbau zunehmen wird, ist nur dann zutreffend, wenn nachgewiesen wird, daß das Land, auf dem Tabak gebaut werden kann, bisher brach gelegen hat und daß in Folge dieses Gesetzes der Konsum inländischen Tabaks zunehmen wird. Dieser Beweis ist nicht geführt. Zur Abschwächung der Bedenken, daß die Arbeiter durch diese Steuer auf den Tabak hart getroffen werden, wies der Schatzsekretär darauf hin, daß die Löhne seit 1880 gestiegen seien und auch die Lasten der Arbeiterschutzgesetzgebung von den potenten Klassen aufgebracht werden. Er hat aber nicht dargelegt, wieviel die Unternehmer jetzt mehr verdienen als früher. Der Schatzsekretär hat sich auf den Artikel eines ausländischen Gelehrten in der „Neuen Zeit" berufen. Es ist dies ein Mann, den der preußische Minister des Innern s. Zt. als gemeingefährlich ausgewiesen hat. (Hört! hört! links.) Nun ist ja der Tabak allerdings kein Lebensmittel, aber er wird von den meisten als Bedürfniß empfunden, wie Kaffee und viele andere Artikel. Eine Belastung, welche diese Artikel nicht vertragen, kann auch der Tabak nicht vertragen. Von der angeblichen Gesundheitsschädlichkeit des Tabaks sind die Aerzte schon lange abgekommen, aber noch immer nicht die Finanzminister. (Heiterkeit.) Die Kontrolbestimmungen des Gesetzes, die an sich schon schwer genug sind, werden durch ihre Handhabung seitens der ausführenden Beamten noch schwerer auf der Industrie lasten. Die Cigarrenarbeiter werden von den Fabrikanten durchaus nicht immer glimpflich behandelt. Noch auf einer Versammlung in Frankfurt im Jahre 1891 beglückwünschten sich die Fabrikanten dazu, daß sie die Organisation der Arbeiter gesprengt haben. Würde ein Gesetz eingebracht, das nur die Fabrikanten trifft, so würden die Arbeiter schon aus einem gewissen Rachegefühl dafür eintreten. Aber bei diesem Gesetz werden die Arbeiter, wie bei allen früheren Steuergesetzen, besonders hart getroffen. Auf die Tabakarbeiter, die bereits an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind, werden die Fabrikanten wiederum alle Lasten abzuwälzen suchen. Die kleinen Fabrikanten sind oft solche Leute, die aus Noth oder weil sie aus irgend einem Grund aus der Fabrik ausgewiesen sind, selber fabriziren. Sie sind auf den Kredit und auf den unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den Händlern angewiesen. Wenn nun der Fiskus sich zwischen den Händler und den kleinen Fabrikanten stellt, dann wird sich der Händler hüten, dem kleinen Fabrikanten weiter zu borgen. Nun sollen die Fabrikanten, die weniger als vier Arbeiter beschäftigen, von der Buchkontrolle frei sein. Da jedoch viele kleine Fabrikanten bei größeren Bestellungen gezwungen sind, Hilfsarbeiter hinzuzunehmen, so müssen auch sie sich in solchen Zeiten der Buchkontrolle unterwerfen. Selbst wenn man annimmt, daß nur ein Sechstel der Tabakarbeiter brotlos werden, so handelt es sich immer um 20 bis 30 000 Mann. Dieselben Leute, die zur Annahme dieses Gesetzes geneigt sind, werden sich hüten, ein Gesetz anzunehmen, das auch nur zehn Millionären die Existenzbedingungen raubte. Man sollte sobald als möglich Ruhe in der Tabakindustrie schaffen und deshalb die Vorlage ohne Kommissionsberathung in zweiter Berathung ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preußischer Finanzminister Dr. **Miquel:** Durch die Betonung von Einzelfragen sind die entscheidenden Gesichtspunkte bei dieser Vorlage in den Hintergrund getreten. Im Großen und Ganzen ist ja anerkannt, daß ein dringendes Bedürfniß vorliegt, die Reichseinnahmen erheblich zu vermehren entsprechend der sehr erheblichen Erhöhung der Reichsausgaben. Außerdem hat sich in den letzten 3—4 Jahren das Verhältniß der Reichsfinanzen zu denen der Einzelstaaten ganz wesentlich und entscheidend geändert, und es stellt sich allmählich die Unmöglichkeit heraus, Ueberweisungen aus Reichseinnahmen den Einzelstaaten zuzuwenden. Darf man dieser Thatsache gegenüber einfach in Nichtsthun verharren? Zweifellos haben wir auch durch die Handelsverträge einen Einnahmeverlust von mindestens von 35 Millionen. (Sehr wahr! rechts. Ruf: leider! bei den Antisemiten.) Grade diejenigen, die nunmehr am entschiedensten die Ergänzung des Einnahmeverlustes bekämpfen, haben betont, daß darin eine Verminderung der Belastung der inländischen Bevölkerung, und zwar an der empfindlichsten Stelle in der Besteuerung der Nahrungsmittel, des Fleisches und Getreides, liegt. Dem gegenüber kann man sich nicht damit trösten, daß die Zolleinnahmen durch den größern Import steigen werden und daß damit von selbst der Ersatz gegeben ist. Man wird eine solche Steigerung der Zolleinnahmen am allerwenigsten annehmen dürfen bei den Getreide- und Viehzöllen, wo der Import von wesentlich anderen Gesichtspunkten abhängt, als der Import von anderen Artikeln, z. B. von Wein, obwohl doch selbst bei diesem Luxusartikel eine sehr erhebliche Verminderung der Einnahmen in Folge der Handelsverträge eingetreten ist. (Hört, hört! rechts.) Wir wollen nun für das Preisgegebene einigen Ersatz und setzen an Stelle der Zölle für Getreide und Vieh den Luxusartikel Tabak. Wir waren aber auch genöthigt im Interesse der Sicherheit Deutschlands, die Ausgaben für die Heeresreform um rund 60 Millionen zu steigern, und dadurch wurde die gesammte Finanzlage des Reiches im Verhältniß zu den Einzelstaaten erheblich alterirt. Danach ist unsere Forderung auf Vermehrung der Reichseinnahmen durch neue Einnahmequellen an sich berechtigt und nothwendig. Die natürliche Steigerung der Reichseinnahmen aus den bereits vorhandenen Quellen wird mindestens aufgewogen werden durch eine Steigerung der Ausgaben auf anderen Gebieten. Wir haben bisher verzichten müssen auf die Forderung einer regelmäßigen Schuldentilgung, und es muß doch Bedenken einflößen, daß wir in einem kurzen Zeitraum zwei Milliarden Schulden gemacht haben und einen großen Theil derselben für Zwecke, die unmittelbar an sich keine Rente geben. Es wird ein festes Verhältniß zwischen dem, was durch ordentliche Ausgaben und durch Anleihen gedeckt werden soll, hergestellt werden müssen. Hier im Hause sind keine praktischen Gegenvorschläge gemacht worden, die Aussicht auf Annahme hätten. Eine Reichseinkommensteuer ist praktisch, ganz abgesehen von unserem Föderativsystem, unausführbar. Die Wehrsteuer ist eine Kopf- und keine Einkommensteuer. Eine Kopfsteuer, die auf jeden gleichmäßig entfällt, werden Sie selbst für bedenklich halten. Die Steuer könnte also nur nach dem Einkommen erhoben werden, und hier sprechen dieselben Gründe dagegen, wie gegen die Reichseinkommensteuer. Die Erbschaftssteuer wäre wohl noch am leichtesten durchführbar, aber ein natürliches Rechtsgefühl widerstrebt einer hohen Erbschaftssteuer. Beim Ableben der Eltern werden die Kinder oft nicht besser, sondern schlechter gestellt. Freiherr von Hammerstein kam auf das Bier zurück. Schon beim Zusammentreten dieses Reichstages wurde allgemein die Forderung erhoben, das Bier freizulassen, und daß wir nicht wagen konnten, eine neue Biersteuer vorzuschlagen, selbst wenn die Erklärung des Reichskanzlers nicht abgegeben worden wäre, werden Sie uns nachempfinden. Wir haben es hier mit einer Last des Reiches zu thun. Es wäre also nicht gerechtfertigt, die Süddeutschen in ihren Steuerquellen zu beeinträchtigen. Man darf allerdings bei der Tragung von Kosten für Reichsausgaben nicht gegen einander bis auf den letzten Pfennig rechnen, wie das leider auch in Süddeutschland geschieht, denn das ist der Anfang von einem größeren Uebel. Aber schließlich würden, wenn wir so einseitig verführen, die Süddeutschen doch vielleicht mit Recht sagen: Wir haben dafür keine Sympathie. Ich erkenne an, das Rauchen ist eine berechtigte Erholung, nur das übermäßige Rauchen ist schädlich. Unter allen Umständen fällt aber der Tabak unter die Klasse der Genußmittel, nicht der Nahrungsmittel. Für den größten Theil Deutschlands ist der Wein wesentlich nur ein Genußmittel für die wohlhabenden Klassen, was lag näher als zu sagen, nachdem der Branntwein so überaus hoch besteuert ist: es ist gerecht und billig, daß der Wein herangezogen wird, um so mehr als man den Zoll auf Wein heruntergesetzt hat und als man, wenigstens in Norddeutschland, den Gemeinden verboten hat, ihrerseits den Wein zu besteuern. Es sind also bei unseren Steuern die Gesichtspunkte einer Heranziehung der bemittelten Klassen beobachtet worden in der Besteuerung von solchen Gegenständen, die wesentlich die wohlhabenden Klassen brauchen. Das Wort des Reichskanzlers ist also nach dieser Seite von den verbündeten Regierungen vollkommen gehalten worden. In welcher Form sollte nun der Tabak besteuert werden? Jede Erhöhung der Gewichtssteuer würde diese ungerechte Besteuerung noch verschärfen und würde von den Tabakbauern nicht mehr ertragen werden können. Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß schon die bestehende Gewichtssteuer im Verhältniß zum Zoll die Lage der Tabakbauer sehr gedrückt hat. Der Tabakbau ist Schritt für Schritt zurückgegangen und viele werden zugeben, daß das bloße Bestehen der gegenwärtigen Gewichtssteuer über kurz oder lang nahezu den ganzen Tabakbau vernichten müßte. (Sehr richtig! rechts.) Auch die Idee der Besteuerung nach Werthstufen ist unausführbar, wie gerade die Darlegungen Hamburgs und Bremens uns haben überzeugen müssen. Das Monopol würde eine noch ganz andere Verschlechterung der Lage der Tabakarbeiter zur Folge haben. So sind wir zur Fabrikatsteuer gekommen. Ich habe in diesen Debatten vergeblich nach einem besseren und leichten durchführbaren Vorschlag gesucht, um unser Ziel zu erreichen. Die Fabrikatsteuer läßt die Privatbetriebe bestehen und unterscheidet sich dadurch gewaltig vom Monopol, das rücksichtslos die Privatbetriebe beseitigt. Sie macht den deutschen Tabakbau frei, während die Gewichtssteuer im fiskalischen Interesse die Entwickelung des Tabakbaues verhindert hat. Die Tabakinteressenten haben sich wohl gehütet, einen positiven Vorschlag zur Besteuerung des Tabaks zu machen. Sie haben verlangt, verzichtet auf jede höhrre Besteuerung des Tabaks, und wenn Sie die Fabrikatsteuer ablehnen, so schließen Sie sich diesem Verlangen an. Abgesehen von dem Fall eines Krieges, vor dem uns Gott behüten möge, und gewaltiger Nothstände, die über das Land kommen können, wo man keinerlei Rücksicht mehr nimmt, ermöglicht sich eine Steigerung der Einnahmen des Reiches nur in dieser Form der Fabrikatsteuer; eine Ablehnung steht gleich einem Verzicht auf eine Besteuerung des Tabaks höher als 1,20 Mark pro Kopf. In einem Lande aber, das genöthigt ist, seinen Ausgabeetat durch Besteuerung offenbarer Lebensbedürfnisse zu decken, kann man einen dauernden Verzicht auf stärkere Heranziehung des Tabaks nicht verantworten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie es thäten, ich bin überzeugt, bald würde die Zeit kommen, wo Sie selbst oder ein anderer Reichstag diesen Beschluß umstießen. Es bleibt andernfalls die Möglichkeit, die Matrikularumlagen zu steigern. Der Abgeordnete für Bremen hat von seinem Standpunkt aus richtig gesagt: Wir in Bremen wollen viel lieber eine Steigerung der Matrikularumlagen als eine höhere Besteuerung des Tabaks. Die Interessen von Bremen können aber nicht allein entscheidend sein im deutschen Reich. Die Matrikularumlagen haben für andere Einzelstaaten ganz andere Bedeutung als für Bremen, für Bremen ist es ein ganz vorzügliches Geschäft, wenn es pro Kopf — die Matrikularumlagen sind eine Kopfsteuer — nur eben so viel zahlt, wie arme Gebirgsbewohner. Wer eine gerechte Vertheilung der Reichslasten will, kann diesen Wünschen nicht folgen. Will eine Regierung überhaupt berücksichtigen, so muß sie die ärmeren Landestheile berücksichtigen. Die Frage, wie Matrikularumlagen und Ueberweisungen in das richtige Verhältniß gesetzt werden, wird sehr bedeutend zu einer Zeit, wo Preußen 32 Millionen mehr an das Reich zahlt, als es von ihm empfängt. Die Matrikularumlagen müssen durch direkte Steuern innerhalb der Einzelstaaten aufgebracht werden. Aber wie verschieden sind die Steuern innerhalb der Einzelstaaten! Bayern z. B. erhebt Zuschüsse zu den Realsteuern, und Preußen Zuschüsse zu der Einkommensteuer. Noch mehr: glauben Sie denn, daß die Landtage der Einzelstaaten so leicht Steuern bewilligen werden für Reichsausgaben, die offenbar vom Reich gedeckt werden müssen? Wird man nicht sagen, der Reichstag darf sich nicht auf die Dauer weigern, Ausgaben zu decken, die er selber beschlossen hat? Welch gegenseitiges Zu- und Abschieben kommt da heraus? Wo bleibt da eine ordentliche Finanzwirthschaft, wo soll das hinführen? So lange ich Finanzminister bin, werde ich es für meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit halten, dafür zu kämpfen, daß wir geordnete Finanzen haben, die schließlich auch auf das Wohl der Einzelnen am besten wirken. Was nun den Plan der Finanzreform angeht, so kann gar nicht die Nothwendigkeit der Auseinandersetzung der Finanzen zwischen Reich und Einzelstaaten geleugnet werden. Wenn später die Matrikular-Umlagen von Jahr zu Jahr um Millionen steigen sollten, so frage ich die Patrioten, die hauptsächlich das Interesse des Reiches im Auge haben; Welche Zustände würden in Deutschland eintreten, welche Mißstimmung in den Einzelstaaten, wenn diese Perspektive einträfe? Ich frage auch diejenigen, die vor Allem und zuerst die Schicksale der Einzelstaaten im Auge haben: welche Zustände sollen in den Einzelstaaten entstehen, wenn Sie stets mit leeren Händen zurückkommen, wenn Sie nichts mitbringen, als eine Steigerung von 60 Millionen Matrikularumlagen? Die Interessenten wehren sich mit Macht, — und ich kann es ihnen nicht verdenken; sie sind in gewissen Grenzen berechtigt zur Vertretung ihrer Forderungen. Aber die Frage ist die: wer ist stärker gegenüber solchen Staatsnothwendigkeiten, die Interessen des Tabaks und Weins oder die Interessen des deutschen Reiches und der Einzelstaaten? In ihrem augenblicklichen Interesse mag es rationell sein, durch eine solche Agitation zu prüfen, ob sie stärker sind als die deutsche Reichsregierung, aber in ihrem dauernden Interesse läge es, wenn sie versuchten, auf Modifikationen der Steuer hinzuwirken. Ich bin überzeugt, wenn es dazu kommt, daß in Preußen 30 Proz. Einkommensteuer mehr erhoben werden, von der 25 Proz. die unteren und mittleren Einkommen treffen, wird man sich fragen, wie kommt es, daß wir den Tabak verschonen, und bei dem Monopol ist die ganze Industrie geliefert. Die Fabrikatsteuer, die in Frankreich 5, in Spanien 5, in Oesterreich 4 M. pro Kopf beträgt, wird bei uns, wo sie in Zukunft 2 M. betragen soll, nur eine sehr mäßige sein. Wenn Noth ins Land käme und die Einnahmen aus dem Tabak müßten vermehrt werden und man wolle nicht auf die Fabrikatsteuer eingehen und erklärte auch die bestehende Steuer für ungeeignet, dann würden wir allerdings zum Monopol greifen müssen. Die Rücksicht auf den Konsumenten, auf die Pfeife des armen Mannes, ist in der Debatte nach und nach zurückgetreten. Es wäre doch eigenthümlich, die Konsumenten in dem Augenblick in den Vordergrund zu schieben, wo die hochwerthigen Fabrikate scharf, die geringeren aber weniger herangezogen werden. Die Fabrikanten haben es auch für klüger gehalten, nicht ihr eigenes Interesse in den Vordergrund zu schieben, sondern von den Arbeitern zu sprechen. Nach meiner Ueberzeugung aber wird ein erheblicher Konsumrückgang nicht eintreten, einmal weil in Deutschland außerordentlich stark und viel geraucht wird, sodann weil Länder von offenbar geringerem Wohlstand eine viel größere Besteuerung haben, einige sogar eine sechsfach höhere als die vorgeschlagene Fabrikatsteuer. Die Uebergangszeit ist gewiß störend, und für Fabrikanten wie für Arbeiter ein sehr unliebsames Moment, aber der größte Theil dieser Nachtheile ist schon jetzt vorhanden. Denn die Fabrikanten, die so siegesgewiß sich zeigten, daß diese Fabrikatsteuer nicht werde genehmigt werden, haben es doch für nützlich gehalten, ihre Fabrikation jetzt in hohem Grade zu steigern. (Sehr richtig! rechts) Der Rückschlag, der hierdurch entsteht, ist unter allen Umständen vorhanden. Wenn nun bei Ablehnung der Fabrikatsteuer eine ähnliche Katastrophe wiederkommen muß, ist es nicht besser, mitten in der Bewegung weiter zu gehen und die Sache zum Abschluß zu bringen? Die Hausindustrie soll zu Grunde gerichtet werden, wie man sagt. Man irrt sich doch aber einigermaßen über die Segnungen der Haus-Industrie. Es wäre die Frage, ob nicht vielmehr die Regierung in dieser Industrie durch eine gewisse Beschränkung den Schutz der Gesundheit in die Hand nehmen sollte. Nur einige von den Hausindustriellen arbeiten übrigens auf eigene Rechnung. Die ganze Veränderung durch dieses Gesetz wird sich auf eine Verschiebung von oben nach unten beschränken; man wird nicht aufhören zu rauchen, sondern eine etwas geringere Sorte rauchen, und man gewöhnt sich sehr schnell an eine andere Sorte. (Lachen links.) Wir stehen vor einer dira necessitas, wir haben keinen anderen Weg. Man fordert freilich Luxussteuern und nennt u. a. Equipagensteuer. Da würden aber sehr bald, brächten wir diese Steuer, die Wagenbauer kommen und genau dieselben Einwendungen machen wie jetzt die übrigen Industriezweige. (Sehr richtig! rechts.) Hohe Luxussteuern reduziren den Konsum, niedrige bringen nichts ein. Damit will ich nicht sagen, daß man in Zukunft nicht auch auf eine Luxussteuer kommen wird. (Heiterkeit.) Wir nehmen auch kleinere Beträge gern (Heiterkeit). Jedenfalls sind wir nicht prinzipiell gegen derartige Besteuerung. Ich scheue mich nicht vor einer stärkeren Heranziehung der Reichen, das habe ich in Preußen gezeigt. Wenn ich einen andern Weg wüßte, so würde ich ihn gehen; aber die Reichseinkommensteuer ist unmöglich. Das Verhältniß der indirekten zu den direkten Steuern ist bei uns ein viel günstigeres, als in anderen Staaten.

Die Verschiebung nach Süddeutschland, von der Frhr. v. Hammerstein sprach, schadet nichts. Warum können die westfälischen Fabrikanten den süddeutschen Tabak nicht ebenso gut kaufen? sie brauchen ja nur einen Agenten nach Karlsruhe zu schicken. Sie wollen nur nicht aus der gewohnten Fabrikationsmethode herauskommen. Ich halte allen Ihren Bedenken die Hunderttausende der Tabakbauern entgegen, deren Lage immer schlechter geworden ist, und die ruinirt werden, während die Arbeiter doch nur für den unwahrscheinlichen Fall geschädigt werden, daß ein Konsumrückgang stattfindet. Ich würde mich hundertmal besinnen, einen solchen hergebrachten Landbau, auf dem seit Jahrzehnten ganze Familien und Generationen angesiedelt sind, zu vernichten. Darin, daß die Einzelstaaten durch diese Vorlage von der Nothwendigkeit befreit werden, ihren Tabakbau zu beschränken, erblicke ich eine der wesentlichsten Vorzüge des Gesetzes; wir werden den Tabakbau später auch in Norddeutschland heben können. Sie thun mit der Annahme dieses Entwurfes dem Pflanzer einen Gefallen, Sie entlasten den Raucher geringerer Sorten, Sie thun einen Schritt zur Abwehr finanzieller Kalamitäten. Ein zustimmendes Votum werden Sie daher nicht bereuen. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. **v. Arnswald-Hardenborstel** (Welfe) erklärt, daß seine Freunde nach eingehender Prüfung sich entschlossen hätten, gegen die Vorlage zu stimmen.

Abg. **Weber** (Heidelberg, nl.): Die bezüglich der Tabakbesteuerung von den Abgg. Clemm und Fritzen gemachten Vorschläge werden in der Kommission eingehend geprüft werden müssen, aber ich glaube, jede Prüfung wird ergeben, daß höhere Erträge aus dem Tabak in rationeller Weise nur im Rahmen dieses Gesetzes herauszuziehen sind. Namentlich werde eine Erhöhung des Zolles, wie sie Abg. Clemm verlangte, nicht von günstiger Wirkung sein. Jetzt sagt man: Wo man raucht, da kannst du ruhig harren, böse Menschen rauchen nie Cigarren. Nach Annahme der Vorlage wird man sagen können: Nach dem Pfälzer kannst du ruhig greifen, gute Menschen rauchen nur noch Pfeifen. (Heiterkeit.) Die jammervolle und maßlose Agitation der Fabrikanten wird der Industrie am meisten schaden. Eine wesentliche Arbeiterentlassung auf die Dauer wird aus dieser Vorlage nicht folgen. Wenn Arbeiter entlassen werden, sind es größtentheils güngere Leute. (Widerspruch links). Der Kommission rufe ich zu: prüfen Sie alles und behalten Sie das Beste im Interesse des Reichs und der Einzelstaaten. (Lachen links).

Abg. **Richter** (Freis. Vp.): Die Rede des Finanzministers war in ihrer Art eine oratorische Meisterleistung; aber auch die beste Rede des geschicktesten Anwalts vermag nicht immer den Delinquenten vom Tode zu retten. (Heiterkeit.) Wer alle die vom Minister geltend gemachten Momente auf sich wirken ließe, die Hebung der Landwirthschaft, die volkswirthschaftlichen Vortheile in Bezug auf die Verminderung der Hausindustrie u. s. w., der müßte zur Ueberzeugung kommen, daß dieses Gesetz nicht blos ein nothwendiges Uebel ist, sondern daß es auch einzuführen wäre, wenn gar kein Geld nothwendig wäre, um seiner eigenen Schönheit willen. (Heiterkeit). Endlich kommt der Finanzminister heute dazu, die große Rede für seine Finanzreform zu halten, die wir eigentlich im November erwartet hatten! Es wäre rücksichtsvoller gegen das Haus gewesen, wenn er diese Rede, die sich über den ganzen Finanzplan verbreitete, nicht am Schluß des vierten Tages der Debatte über die Tabaksteuer gehalten hätte, wo kaum noch irgend eine Kritik aus dem Hause zu erwarten war. Der Minister nahm den Ausfall an Einnahmen in Folge der Handelsverträge auf 35 Millionen an. Darin ist der Ausfall aus dem russischen Handelsvertrage wohl schon eingerechnet, und ich hoffe, daß der Minister etwas lebhafter wie bisher für das Zustandekommen dieses Vertrages eintreten wird. Die etwas vornehme Kühlheit, mit der er dem Vertrage bisher gegenübersteht, sticht seltsam ab von seiner Haltung zu den Steuerplänen. Als seiner Zeit die Handelsverträge kamen, hat kein Minister, kein Kommissar auch nur mit einer Silbe angedeutet, daß ihre Wirkung eine Deckung etwaiger Zolleinnahmeausfälle durch neue Steuern sein müßte. Als die Handelsverträge angenommen waren, erklärte der Regierungsvertreter, daß der Etat der Zolleinnahmen gar nicht vermindert zu werden brauche. (Hört, hört! links.) Thatsächlich waren im nächsten Jahr die Einnahmen trotz des Inkrafttretens der Handelsverträge in derselben Höhe veranschlagt worden, wie vor der Annahme der Handelsverträge. In den vorjährigen Mittheilungen der Regierung in der Militärkommission ist ausgeführt worden, daß die Getreidezolleinnahmen trotz der Herabsetzung der Zölle in einigen Jahren wieder ihre alte Höhe erreichen würden. Bei dem natürlichen Zuwachs unserer Bevölkerung sind wir hier auf das Ausland angewiesen. Der Minister führte das Interesse der Einzelstaaten für die Deckung des Ausfalls aus den Handelsverträgen an. Hätte ich gewußt, daß der Minister heute auf diese Frage zu sprechen kommen würde, so hätte ich die betreffende Stelle aus der Etatsrede des Ministers für das Jahr 1892/93 mitgebracht. Da setzte er auseinander, daß die Annahme der Handelsverträge und der Zollausfall, der dadurch entstände, auf die preußischen Finanzen von so gut wie gar keinem Einfluß sein würde. (Hört, hört! links.) Er stützte sich damals in der Hauptsache darauf, daß, wenn sich auf der einen Seite auch die Einnahmen verminderten, auf der anderen Seite auch die Ausgaben sich verminderten, entsprechend den verminderten Zuwendungen an die Kreise aus der lex Huene. Nun haben die Kreise allerdings einen Ausfall gehabt, aber sie sind in den letzten Jahren derartig gespickt worden, daß sie garnicht im Stande waren, das Geld für laufende Bedürfnisse aufzubrauchen, sondern es als Kapital angelegt haben. Das dauert ja allerdings nur noch bis 1895. Dann hört diese Dotation auf, dann tritt die neue Steuergesetzgebung ein. Aber in ihr hat sich der Finanzminister bereits vorgesehen, der Verzicht der Kreise auf die lex Huene ist bei der Inscenirung dieser Gesetzgebung schon viel niedriger geschätzt worden, mit Rücksicht auf einen Einnahmeausfall in Folge des Rückgangs der Getreidezölle. Um den Staat schadlos zu halten, ist gerade die Vermögenssteuer mit 35 Millionen neu eingeführt, sie tritt vom Jahre 1895 ab in Kraft. Wenn also jetzt der preußische Staat für den Einnahmeausfall an Zöllen noch in anderer Form entschädigt werden sollte, wäre die Vermögenssteuer überflüssig; der Finanzminister sucht sich also doppelte Deckung. Der Minister hat von den Schulden und ihrem Anwachsen gesprochen. Grade in den letzten Jahren sind außerordentliche Ausgaben in hohem Maße auf laufende Mittel verwiesen worden, während früher von den einmaligen Ausgaben nur 10 Millionen gedeckt worden sind, beträgt die Summe der einmaligen Ausgaben, die aus laufenden Mitteln jetzt gedeckt wurden, im letzten Jahre 80 Millionen. Der Minister fragt, wodurch sonst die Deckung der durch die Militärvorlage verursachten Kosten zu erreichen sei? Wir fühlen uns zur Bewilligung neuer Steuern nicht verpflichtet. Die Deckung der neuen Ausgaben verlangen wir durch Aufhebung aller bestehenden Steuerprivilegien, der Ausfuhrprämien für Zucker und Liebesgaben für die Brenner. (Unruhe rechts.) Der Minister sagt, abgesehen davon, ob dies richtig ist, ist dafür eine Mehrheit nicht zu finden. Dann ist unser Vorschlag noch immer so gut wie der Ihrige, denn Sie können auch keine Mehrheit finden. (Große Heiterkeit.) Daraus können Sie die Warnung entnehmen, daß man künftig Ausgaben nur bewilligen soll, wenn die Einnahmen zur Verfügung stehen. Sie sind selbst Schuld daran, daß die Heeresorganisation ohne die erforderlichen Deckungsmittel durchgeführt worden ist. Allerdings wenn man die Heeresorganisation noch mit diesen Steuerpacketen bepackt hätte, dann hätten diese Packete die kleine Mehrheit für die Vorlage in den Abgrund gezogen; und wenn irgend Jemand geahnt hätte, daß solche Projekte im Hintergrund schlummerten, so wäre kein Reichstag zu Stande gekommen, der die neue Heeresorganisation genehmigt hätte. (Sehr richtig! links.) Der Minister suchte es so darzustellen, als ob seine Projekte hauptsächlich die wohlhabenden Klassen belasteten. Der Frachtbriefstempel bedeutet eine Erhöhung der Transportkosten, die Alle zu tragen haben, die solche Waaren konsumiren, und das ist die Masse der Bevölkerung. Der Quittungsstempel belastet die mittleren und kleineren Gewerbtreibenden, die nach der Art ihres Geschäfts besonders viel Quittungsstempel lösen müssen. Wenn aber auch der Quittungsstempel abgewälzt werden kann, trifft er den Konsumenten und zwar den Massenkonsum. Der Minister meint, gegen die Weinsteuer könne man um so weniger etwas haben, als der Zoll auf ausländischen Wein ermäßigt sei. Hat denn das zur Verwohlfeilerung des Weins beigetragen? Der Minister meinte: nicht einmal den Gemeinden sei es gestattet worden, den Wein zu besteuern, und doch geht er darauf aus, unabhängig von der Weinsteuer den Gemeinden dieses Recht zu verleihen. Ich bin auch der Meinung, daß die Gewichtssteuer auf Tabak nicht erhöht werden kann. Das liegt daran, daß durch den hohen Schutzzoll ein Tabakbau in diesem Umfang großgezogen ist. Das vorgeschlagene Kontrolsystem ist für die Fabrikatsteuer nothwendig, und wenn man es jetzt nachlassen wollte, müßte die Kontrole später nachkommen im Interesse der ehrlichen Leute gegen die Defraudanten. Weil die Nachtheile des Kontrolsystems zu den Nachtheilen der Steuer hinzukommen, ist sie doppelt verwerflich. Ist nicht auch die Ungerechtigkeit der Gewichtssteuer an sich bei allen sonstigen Artikeln vorhanden, die durch die Gewichtssteuer vertheuert werden, z. B. beim Kaffee? Hat der Minister ein Mittel, die Hausindustrie aus ihrer schlechten Existenz in eine bessere zu versetzen? Er raubt den Leuten selbst diese kümmerliche Existenz. (Sehr wahr! links.) Sein Vorschlag ist nach der Methode des Dr. Eisenbart, der kurirte auch die Leute auf seine eigene Art. Dann ist der Minister in der Maskirung eines Agrariers vor uns erschienen und hat die landwirthschaftlichen Interessen zum Schutze seines Projektes aufgerufen. Ich bestreite, daß die Tabakbauern ein Interesse an dieser Steuer haben. Der Rückgang des Konsums wird sie viel mehr benachtheiligen, als sie durch das Werthsteuersystem Vortheile haben können. Die Tabakbauern wollen auch gar nicht die hier vorgeschlagene Fabrikatsteuer. Sie wollen sie nur in Verbindung mit einem noch höheren Schutzzoll. Die Schutzzollinteressen und Finanzinteressen kreuzen und neutralisiren sich derartig, daß man ohne Schädigung der Finanzinteressen die Tabakbauern nicht befriedigen kann. Dann ist hier wieder sehr viel von der Agitation gesprochen. Wer hat sie angefangen? Der Finanzminister selbst. Als wir Ruhe und Frieden im Lande haben wollten, da sind im August alle seine offiziösen Trabanten mobil gemacht worden; alle Zeitungen wimmelten von Artikeln zur Empfehlung der großen Finanzreform und der Steuerprojekte. Und weil es im Uebrigen im Lande still war, mußten die Leser der Zeitungen die Ansicht haben, das ganze Volk ist einmüthig in der Sehnsucht nach der großen Finanzreform und nach den neuen Steuern. Als aber das Projekt nach den Sommerferien anfing reger zu werden, stellte sich sofort das Gegentheil heraus. Mir haben die Tabakinteressenten eher zu früh als zu spät angefangen. Daß sie gleichwohl den Eindruck von der Ungerechtigkeit der Steuer erzielt haben, beweist, wie überzeugend ihre Ausführungen auf alle Klassen der Bevölkerung wirken. Man sollte die Fabrikatsteuer annehmen, meint der Minister, dann würde Ruhe kommen. In derselben Rede sagt er aber, wenn man das Projekt jetzt ablehnt, so heißt das: auf ewig entsagen einer Erhöhung der Tabaksteuer. Entweder ist das eine richtig oder das andere. Fürst Bismarck wurde s. Z. als dauernder angesehen als heute mancher Minister, und man hat ihm größere Macht zugetraut in der Durchführung seines Willens. Das heutige Ministerium macht uns heute einen viel schwächeren Eindruck. Wenn das nicht wäre, würden Sie nicht so von der Opposition der Konservativen gegen die Handelsverträge abhängen. Der Minister meinte, die Industrie werde Ruhe bekommen. Ja, die Ruhe des Kirchhofs, die mit der Arbeitslosigkeit vieler Tausender, mit dem Untergang eines bedeutenden Theils der Industrie gleichbedeutend sein würde. Die Tabakindustrie soll angeblich selbst nicht daran glauben, daß der Reichstag die Sache ablehnen würde, denn sonst würde sie nicht im Uebergangsverhältniß ihre Produktion im hohen Maße steigern. Schlimm genug, wenn das wahr ist und die Tabakindustrie so wenig Vertrauen zur Weisheit und Standhaftigkeit des Reichstags hat. Ich habe mehr Vertrauen zum Reichstag. (Zustimmung links.) Es wäre doch gerechtfertigt, wenn es der Ausdruck des Willens des Reichstages wäre, die Vorlage abzulehnen, diese Haltung nicht erst durch eine langwierige Kommissionsberathung zum Ausdruck zu bringen, sondern die zweite Berathung sofort im Plenum abzuhalten. Die ausschlaggebenden Pareien sind ja doch einig, sie wollen nur der Vorlage ein schöneres Begräbniß bereiten, ein Begräbniß erster Klasse. (Heiterkeit.) Seit 1879 sind die Einnahmen aus Zöllen und Steuern von 264 auf 731 Millionen gestiegen, und je mehr noch weitere Steigerungen kommen, desto eher wird der Augenblick erreicht, wo es anfängt, unerträglich zu werden. Man sagt, wenn die nothwendigen Lebensmittel so hohe Steuern tragen, so kann es doch auch der Tabak. Die Steuer trägt doch nicht die Sache, sondern derselbe Mensch, der Steuerzahler, dem, nachdem ihm das Nothwendige besteuert ist, nun auch das mehr Entbehrliche bestimmt wird. Die Nothwendigkeit, die Matrikularbeiträge zu erhöhen, schreckt mich gar nicht. Ich weiß, daß sie in der Art ihrer Umlage nicht ganz der Gerechtigkeit entsprechen, aber die Einzelstaaten haben sich die Vertheilung großer Ueberschüsse seitens des Reiches viele Jahre gefallen lassen. Warum soll es ungerecht sein, daß für einige Zeit kleinere Beträge herausbezahlt werden müssen? Uebrigens wäre es ganz leicht, anstatt der Kopfzahl einen etwas geänderten Modus, die Erhebung von Matrikularbeiträgen vorzuschlagen, wie wir schon vor 1870 gethan haben im Anschluß an die Militärkonventionen Der Minister meinte, daß die Steuern in den Einzelstaaten erhöht werden würden. Die Einzellandtage werden es sich doch überlegen, ob sie die Beiträge durch höhere Steuern oder durch Verminderung der Ausgaben aufbringen wollen. Wenn sie die Steuern erhöhen, dann würde das immer doch nur zeitweilig bewilligt werden, oder es würde sich auf eine ganze Reihe von Steuern vertheilen und auf die verschiedensten Besteuerungsformen, und würde dann nicht so drückend sein, als wenn die ganze Last auf einen einzigen Artikel einer einzigen Industrie fällt. Der Minister hat auch die Perspektive von 30 Millionen Einkommensteuerzuschlägen in Preußen eröffnet. Wie kann man davon in einem Augenblick reden, wo der ganze Ueberschuß der Einkommensteuer bis 1895 noch kapitalisirt wird? Wie kann man davon reden in dem Augenblick, wo noch in jedem Jahre in Preußen eine außerordentliche Schuldentilgung stattfand, zu der keine Verpflichtung vorhanden war. Wie kann man davon reden angesichts von Etats, wo Ausgaben aus laufenden Mitteln gemacht werden, die nicht zu laufenden, sondern zu werbenden Zwecken dienen. Der Minister stellt die Abgeordneten der Einzellandtage dem Reichstag gegenüber. Es scheint ja, als ob in den Landtagen große Demonstrationen gegen den Reichstag bevorständen. Aber es ist doch falsch, solche Gegensätze aufzustellen. Sind wir etwa aus der vierten Dimension heruntergekommen. (Heiterkeit.) Wir sind doch alle in den Einzelstaaten gewählt, zum Theil Mitglieder der Landtage und vertreten auch die Interessen der Einzelstaaten im Rahmen des Gesammtinteresses. Der Minister vermißt den Standpunkt der Mehrheit. Ich sehe diesen Standpunkt sehr klar nach der Rede des Herrn Fritzen; dieser Standpunkt ist nicht der meinige, aber wenn ich mich einmal auf den Standpunkt des Abg. Fritzen, als auf den der Mehrheit stellte, so sollte der Minister damit durchaus zufrieden sein unter den heutigen Verhältnissen. Herr Fritzen will 35 Millionen neuer Steuern bewilligen. Die Kosten der Heeresvorlage betragen zunächst 44 Mill. Es wäre eine Leichtigkeit, wenn man den Reichshaushalt ansieht, durch Zurückschiebung, Ersparnisse, bessere Etatisirung diese 9 Millionen herauszubekommen. Alle unsere Etats sind aufgemacht unter dem Eindruck ungünstiger Verhältnisse. Der Finanzminister verlangt gute Finanzen. Schaffen Sie gute Erwerbsverhältnisse, dann kommen die guten Finanzen von selber. (Sehr wahr! links.) Aber solche Steuerprojekte machen und sie dann mit Hartnäckigkeit vertheidigen, das ist kein Mittel zur Hebung des Erwerbslebens. Das muß im Gegentheil Mißtrauen schaffen. Es sind auch gewisse Zeichen einer allgemeineren Besserung sichtbar. Der Generalpostmeister v. Stephan hat auf dem Bankett des Handelstages, dem ja auch der Finanzminister beigewohnt hat (Heiterkeit), es ausgesprochen, daß sich jetzt eine Wendung zum Bessern in den Erwerbsverhältnissen kundgiebt. Das merkte man am deutlichsten bei der Post- und Telegraphen-Verwaltung. Ein besonderes Merkzeichen sei die Zunahme der Telegramme. Der Ueberschuß der Postverwaltung belaufe sich schon jetzt auf 4 Millionen Mark höher, als im Etat angesetzt ist. Also brauchen wir nicht zu verzweifeln. Die Gesammtetats der Einzelstaaten und des Reiches belaufen sich auf 5 Milliarden; wenn die Verhältnisse sich nur um ein einziges Prozent netto bessern, ergiebt dies von selbst 50 Mill. Es ist finanzpolitisch nicht rationell, unter dem Eindruck anormaler Erwerbsverhältnisse ein normales Steuersoll zu bereehnen, eine absolute Ziffer hinzustellen, ohne die man nicht auskommen kann. Allerdings wäre weit mehr Sparsamkeit als bisher in manchen Zweigen des öffentlichen Dienstes nöthig. Daher ist es recht gut, wenn nicht weiter so aus dem Vollen gewirthschaftet werden kann, wie das in den letzten Jahren vielfach geschehen ist. Der Minister hat gefragt, was wird geschehen, wenn die Abgeordneten mit leeren Händen heimkehren? Den schlimmsten Empfang würden die Herren haben, die den Wählern die Bescheerung dieser Tabakfabrikatsteuervorlage bringen würden. (Lebhafter Beifall links.)

Finanzminister Dr. **Miquel:** Die Ausführungen des Vorredners betreffs der Ueberweisungen an die Kreise von 24 Millionen sind nicht richtig. Der preußische Staat hat 102 Millionen aufgegeben, und dafür findet er in jenen 24 Millionen Deckung. Ich wundere mich, daß Herr Richter in meiner Gegenwart eine solche Behauptung aufgestellt hat. (Heiterkeit.) Als wir s. Z. in Preußen die Gewerbesteuer reformiren wollten, lehnte Abg. Richter das ab, indem er darauf hinwies, daß der Staat Mehreinnahmen nicht nöthig habe, weil 100 Millionen Ueberschüsse aus Eisenbahneinnahmen vorhanden seien. Er bedachte nicht, daß dieser Ueberschuß nur ein buchmäßiger war. Schon im nächsten Jahre arbeiteten wir auch in Preußen mit einem Defizit. Die preußischen Kommunen, denen die Gewerbesteuer nachher überlassen wurde, können sehr dankbar sein, daß man damals den falschen Rathschlag des Abg. Richter nicht befolgt hat. (Zuruf des Abg. Richter.) Herr Richter will nicht Ausgaben bewilligen, bevor Einnahmen geschaffen sind. Das eben will ja auch unsere Finanzreform, und darum stimme ich ausnahmsweise einmal mit dem Abg. Richter überein. (Heiterkeit.) Irgendwo müssen wir doch das Geld herbekommen. Mit seinen allgemeinen Hoffnungen hat sich der Abg. Richter schon oft getäuscht. Die Quittungssteuer progressiv zu gestalten sind wir gar nicht abgeneigt. Aber das wird technische Schwierigkeiten machen. Herr Richter meint sogar, wir hätten durch unsere Steuergesetze den Tabakbau groß gezogen, während doch alle Welt zugeben muß, daß er seitdem zurückgegangen ist. Die Matrikularbeiträge sind in Preußen innerhalb fünf Jahren fortwährend gestiegen. Noch vor fünf Jahren betrugen die Ueberweisungen des Reiches an die Einzelstaaten 80 Millionen, nach dem vorliegenden Etat bekommen aber die Einzelstaaten nicht nur keine Ueberweisungen, sondern müssen noch 35 Millionen mehr geben. Bei solchen Verhältnissen ist eine geordnete Finanzwirthschaft unmöglich. Auch Herr Richter muß zugeben, daß solche Zustände auf die Dauer unhaltbar sind. Herr Richter hat auch auf die aus der Einkommensteuer in Preußen aufgesammelten Beträge Bezug genommen. Dieser Betrag dient ihm aber doch nur als Ersatz für das, was aufgegeben wird, und er bekommt nur nothdürftig das wieder, was er preisgegeben hat. Das müßte doch Herr Richter wissen. Herr Richter nimmt Interessen der Tabakbauern wahr, die kennen ihre Interessen besser als Herr Richter. Viele sind allerdings durch die Agitation der Fabrikanten zu ihrem eigenen Schaden irre geworden. Aber wir werden dafür sorgen, daß sie wieder klar sind über ihre Interessen. (Zwischenruf des Abg. Richter: also agitiren.) Herr Richter hat sich an das Centrum gewandt. Es ist seine parlamentarische Taktik, dasselbe mit in die Opposition zu reißen. Ich hoffe, daß solche parlamentarischen Kunststücke ohne jede Wirkung vorübergehen werden. (Lachen links.)

Abg. **Zorn v. Bulach** (kons.) hebt hervor, daß der Tabakbau seit vielen Jahren ein hervorragender Erwerbszweig der ländlichen Bevölkerung Süddeutschlands, besonders Elsaß-Lothringens sei. Durch sorgsame Pflege habe sich der süddeutsche Tabak erheblich gebessert. Unter einem günstigeren Steuersystem werde sich der inländische Tabakbau in hervorragendem Maße heben. Die Preissteigerung der billigen Cigarre in Folge der neu vorgeschlagenen Steuer sei nicht so erheblich, um den kleinen Mann zu nennenswerthen Einschränkungen des Rauchgenusses zu zwingen. Die Kommission möge die Vorlage genehmigen.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. **Richter** (Freis. Volksp.): Ich habe nicht die Aufhebung der Gewerbesteuer empfohlen, auch nicht den früheren preußischen Ueberschuß als einen bloß rechnerischen bezeichnet. Ich bleibe dabei, der Ausfall aus den Handelsverträgen und den Getreidezöllen ist der preußischen Staatskasse bei Bewerthung der Aufhebung der lex Huene bereits vergütet. Auch ist es richtig, daß bis 1895 die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer nach der neuen Veranlagung in Preußen kapitalisirt werden. Im Verhältniß zum Centrum bin ich nur den Spuren des Finanzministers selber gefolgt. Ich erinnere an seine Umwerbung des Freiherrn v. Buol in der Stempelsteuerdebatte. Ich hoffe, in dieser Werbung glücklicher zu sein, als anscheinend der Finanzminister bis jetzt gewesen ist. (Heiterkeit links.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Anträge aus dem Hause, betr. die Konsumvereine, Abänderung des Wahlgesetzes, Wahlprüfungen.) Schluß 6¼ Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 15. Jan. So hat denn Herr Miquel doch noch im Reichstage für die Tabaksteuer gesprochen, selbstverständlich fesselnd und mit der aparten Beredsamkeit, die man gern auf sich wirken läßt, auch wo ihr Inhalt einem nicht behagt. Der preußische Finanzminister mag finden, daß er nicht zu spät eingegriffen hat. Es ist das eine bei ausgeprägten Naturen leicht begreifliche Selbsttäuschung; solche Naturen glauben, daß die Dinge förmlich nur darauf warten, bis sie unter die bildende Hand des

Meisters gerathen, und erst hinterher kommt die Enttäuschung darüber, daß ein schon erstarrtes Gebilde der nachhelfenden Kunst spröde widersteht. Mit den Aeußerlichkeiten seines Auftretens aber darf Herr Miquel einigermaßen zufrieden sein. Am Bundesrathstisch zumal schien das Debut wie ein Ereigniß zu wirken. Flankirt von den Kollegen im Bundesrath, dem Schatzsekretär zur Rechten, dem bayerischen Finanzminister zur Linken und ein paar andere Finanzgrößen aus den übrigen Einzelstaaten im Gefolge, so flehte Herr Miquel vom Platze des Reichskanzlers aus — der Kanzler fehlte wiederum — den Reichstag an, in sich zu gehen und dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. Daß der Redner nicht gerade mit bestehenden neuen Gesichtspunkten kam, ist am Ende nicht seine Schuld. Wie soll er es möglich machen, diesen gründlich ausgeschöpften Fragen einen Gehalt zu verleihen, mit dem man nicht schon in vielhundertfältiger Wiederholung bekannt geworden ist? Da muß denn die individuelle Prägung die Stelle neuer Gedanken vertreten. Herr Miquel hat etwas heftig gesprochen, und die starke Erregung, die er in den letzten kritischen Tagen nur mühsam zurückgehalten hatte, ist heute umso mächtiger über ihn gekommen. Es ist sonst nicht der Stil preußischer Finanzminister, von ihrer „verdammten" Pflicht und Schuldigkeit zu sprechen, aber Herr Miquel liebt neuerdings die starken Worte, wie er ja auch auf dem Festmahl des deutschen Handelstages nicht mit „Dreck" beworfen werden wollte. Das leitende Thema der Miquelschen Rede war: dem Reiche und den Einzelstaaten muß geholfen werden; zu diesem Zweck sind die und die Steuern vorgeschlagen worden; lehnt sie der Reichstag ab, so hat er anderweite Vorschläge zu machen; kann er das nicht, so ist er zur Annahme des Steuerbouquets verpflichtet. In dieser Kette von Schlüssen ist Verschiedenes zuzugeben, nicht aber dies, daß die Anerkennung eines reformbedürftigen Zustandes die Annahme der Tabak- und Weinsteuer bedingt. Wenn Herr Miquel behauptet, daß die empfohlene Reichseinkommen- oder Erbschaftssteuer unmöglich sei, so fehlt der Beweis für die Behauptung, und derselbe Miquel hat einstmals als Mitglied der nationalliberalen Partei den Ausbau der Reichsinstitutionen durch direkte Steuern verlangt.

△ **Berlin,** 15. Jan. Im Duell erschossen wurde heute (nach achtmaligem! Kugelwechsel) der von der letzten Wißmannexpedition bekannte Dr. med. Röver von dem Militäreffektenfabrikanten de la Croix. So meldet uns ein Lokalberichterstatter. Den Anlaß zum Duell bilden Familienverhältnisse.

— Beim Staatssekretär von Bötticher fand am Montag das schon angekündigte parlamentarische Diner statt, zu welchem an die Spitzen der Reichsämter, die Bevollmächtigten zum Bundesrath, die preußischen Minister, sowie an zahlreiche Abgeordnete verschiedener Parteien Einladungen ergangen waren.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin,** 15. Jan. In dem Prozesse gegen den Schriftsteller Maximilian Harden wegen Beleidigung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi verkündete Landgerichts-Direktor Rieck als Vorsitzender der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I am Montag Mittag das von uns bereits mitgetheilte Urtheil. Unter Anklage gestellt waren bekanntlich zwei Artikel der „Zukunft" unter den Ueberschriften „Das Caprivi-Denkmal" und „Die Bilanz des neuen Kurses". Der Erste Staatsanwalt Drescher hatte seiner Zeit eine Gesammtstrafe von sieben Monaten Gefängniß beantragt. Nach dem vom Vorsitzenden verkündeten Urtheil hat der Gerichtshof den Angeklagten wegen Beleidigung des Reichskanzlers in zwei Fällen zu 600 Mark Geldbuße eventuell fünfzehn Tagen Gefängniß verurtheilt, außerdem dem Reichskanzler die Publikationsbefugniß für den „Reichsanzeiger" und die „Zukunft" zugesprochen und die Unbrauchbarmachung der betreffenden Platten und Formen angeordnet. Zu Gunsten des Angeklagten hat der Gerichtshof erwogen, daß es sich in dem Artikel „Das Caprivi-Denkmal" um eine Satire handelt. Die satirischen Druckschriften haben im wesentlichen die Aufgabe, die Thorheiten der Zeit zu verhöhnen. Dieser Hohn richtet sich aber nicht gegen Personen. Wie eine Satire beschaffen sein müsse, habe der Angeklagte selbst, in einem früheren Artikel „Schuhu bei Bismarck" gezeigt. Das Uebermaß des dort produzirten Spottes richte sich nicht gegen Bismarck, sondern gegen diejenigen, die sich an den Fürsten Bismarck heranzudrängen. Das sei deutlich erkennbar, ebenso zweifele daran niemand, der den Angeklagten als glühenden Verehrer des Fürsten Bismarck kenne. Es mag sein, daß der Angeklagte durch den Artikel „Das Caprivi-Denkmal" auch diejenigen Blätter treffen wollte, die sich in groteskester Form an den Grafen Caprivi heranzudrängen, der Artikel richte sich aber auch gegen den Reichskanzler selbst. Der Angeklagte drücke in dem Artikel auch seine persönliche Ansicht aus und beweise eine deutliche Mißachtung des Reichskanzlers. Die Kritik, welche er in diesem Artikel über den Reichskanzler liefere, bezwecke, den letzteren lächerlich zu machen, und sei objektiv beleidigend. Speziell sei auch der Ausdruck „Schreiber der Uriasbriefe" als beleidigend erachtet worden. Unter „Uriasbriefen" verstehe man nicht schlechthin Unheilsbriefe, sondern solche, durch die von ihrem Schreiber Nachtheile verursacht werden unter Vernachlässigung sittlicher Pflichten. Der Ausdruck enthalte daher den Vorwurf, daß Graf Caprivi sittliche Pflichten gegen den Fürsten Bismarck verletzt habe. Wenn große Staatsmänner, wie Fürst Bismarck und Freiherr von Stein, ähnliche Ausdrücke gebraucht haben, wie der Angeklagte, so könne dies den letzteren nicht straflos machen. Aus dem Gebrauche dieses ungewöhnlichen Ausdrucks „Schreiber der Uriasbriefe" gehe die Absicht der Beleidigung und der Wille, zu verhöhnen und zu verspotten, hervor. Der Angeklagte habe sich damit vertheidigt, daß er den lauteren Charakter und die edle Gesinnung des Grafen Caprivi nicht habe in Zweifel ziehen wollen. Dieser Einwand erledige sich dadurch, daß es sich bei diesem Artikel nicht um den Grafen Caprivi als Menschen, sondern um sein Wirken als Reichskanzler handle. In dem zweiten Artikel „die Bilanz des neuen Kurses" hat der Gerichtshof gleichfalls eine Beleidigung des Reichskanzlers erblickt. Auch hierin werde eine Mißachtung des Reichskanzlers zu Tage gefördert, indem dieser als „ein im Frontdienst aufgewachsener Exekutivbeamter" bezeichnet wird. Gerade dieses Wort zeige, daß der Angeklagte beabsichtigt habe, den Reichskanzler zu verkleinern und zu verspotten, und in prägnantester Weise seine Ueberzeugung von der Unfähigkeit des Reichskanzlers ausdrücke, den Anforderungen seines Amtes zu entsprechen. Ein gehässiger Angriff und eine grobe Beleidigung liege auch in der Wahl des ganz gesuchten Wortes „Volksdienstbote", wodurch eine Parallele mit dem Gesinde ausgedrückt werden solle. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten im allgemeinen den Schutz des § 193 zugebilligt, dieser Schutz sei aber verwirkt, da die beleidigende Absicht deutlich zu erkennen sei. Was die Strafzumessung betrifft, so habe der Gerichtshof erwogen, daß sich der Angeklagte in ernsten Lebensanschauungen bewege und Leichtfertigkeit und Sensationslust nicht erkennbar sei. Aus diesem Grunde sei von einer Gefängnißstrafe Abstand genommen worden. Die Höhe der Strafe rechtfertige sich einerseits aus der Bedeutung, welche eine Beleidigung des höchsten Beamten des Reiches habe, und aus der weiten Verbreitung, welche die Beleidigung durch die Zeitschrift des Angeklagten erlangt habe.

Lokales.

Posen, 16. Januar.

p. **Die Aufbahrung** der Leiche des verstorbenen Herrn Stephan v. Stablewski findet heute Nachmittag in der St. Adalbertkirche statt. Den Kondukt vom Trauerhaus zur Kirche wird der Erzbischof selber führen.

p. **Der Königstiger** im Zoologischen Garten, der bekanntlich schon seit langer Zeit schwer krank war, ist gestern verendet.

Telegraphische Nachrichten.

Prag, 15. Jan. [Omladinaprozeß.] Der Gerichtshof beschloß den Ausschluß der Oeffentlichkeit, worauf die Vertheidiger ihre Vertrauensmänner — zumeist Zeitungsberichterstatter und Abgeordnete — ernannten. Morgen Vormittag beginnt die Verlesung der Anklageschrift. Einzelne Angeklagte benahmen sich herausfordernd und wurden vom Präsidenten auf das Strengste zur Ordnung verwiesen. Ansammlungen, welche vor der altczechischen Zeitung „Hlas Naroda" stattfanden, wurden zerstreut.

Rom, 15. Jan. Der „Agenzia Stefani" wird aus Massa gemeldet, daß dort Ruhe herrscht. In Carrara, wo die Ruhestörer die Arbeiter zu verhindern suchen, in den Marmorbrüchen zu arbeiten, werden jedoch Unruhen befürchtet. Da man vermuthet, daß auf den Hügeln zwischen Massa und Carrara sich eine bewaffnete Bande aufhält, wurde eine Abtheilung Militär und Gendarmen dorthin abgesandt, um die Bande zu verfolgen. Die Eisenbahnlinie zwischen Massa und Spezia wird von Militär bewacht. — Aus Livorno wird gemeldet, daß die Pferdebahnen wegen der Unruhen ihren Dienst eingestellt haben, und daß alle Läden geschlossen sind. In der Nähe der Thür des Gebäudes der monarchistischen Vereinigung wurde eine Bombe mit langer brennender Zündschnur gefunden. Einem Wächter gelang es, die Zündschnur auszulöschen. — Aus Massa wird gemeldet, daß in Avenza gestern Abend auf einen Eisenbahnzug geschossen, aber dabei Niemand verwundet worden ist. Ein ähnliches Attentat wurde auf einen Eisenbahnzug zwischen Serravezza und Massa verübt. Eine Schwadron Kavallerie, sowie Gendarmerie sind hier zur Verstärkung angekommen. In Carrara, wohin ebenfalls Verstärkungen abgegangen sind, werden die Verhaftungen fortgesetzt.

Palermo, 15. Jan. Es treffen immer noch Truppenverstärkungen ein, die Abnahme der Waffen im Sinne des Waffenverbots hat begonnen.

Petersburg, 15. Jan. Heute ist ein Gesetzpromulgirt worden, durch welches die Giltigkeitsdauer des Gesetzes betreffs der Zollbesteuerung russischer Kreditbillets bis zum 1. Januar 1897 mit der Zusatzverfügung verlängert wird, daß die Zollbehörden eventuell berechtigt sind, von den die Grenze passirenden Reisenden zu verlangen, daß sie den Betrag, welchen sie in Kreditbillets bei sich führen, mündlich angeben auch wenn derselbe 2000 Rubel nicht übersteigt, also steuerfrei ist. Ebenso sind Beträge unter 50 Rubel, welche im engeren Grenzverkehr zollfrei mitgeführt werden können, für statistische Zwecke zu registriren.

Paris, 15. Jan. Wie schon kurz gemeldet, hat der Finanzminister Burdeau in der Deputirten-Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Konversion der 4½ prozentigen Rente in 3½ prozentige eingebracht. Nach dem Entwurf werden die Inhaber für jedes Stück 4½ prozentiger ein solches 3½ prozentiger erhalten mit Zinsgenuß vom 16. Februar ab und der Garantie, daß vor dem Jahre 1902 eine neue Konversion nicht stattfinden wird. Die aus der Konversion sich ergebende Ersparniß wird sich auf ungefähr 68 Millionen jährlich belaufen. In der Begründung der Vorlage wird auf die ruhige und friedliche Lage Europas hingewiesen und hervorgehoben, man könnte für die Durchführung der Maßregel kaum einen günstigeren Moment abwarten. Die Regierung habe als Zinsfuß 3½ Prozent gewählt, um die Interessen der Rentenbesitzer zu schonen. Die 3-prozentige Rente trage bei einem Course von 98 3,06 Prozent, die neue 3½prozentige Rente werde 3,33 Prozent tragen. Zur Durchführung der Operation wird ein Kredit von 3 850 000 Francs gefordert. — Auf den Antrag Burdeaus wurde der Entwurf von der Kammer mit 340 gegen 144 Stimmen der Kredit-Kommission überwiesen. Die Kommission hat alsdann nach kurzer Debatte die Konversionsvorlage einstimmig angenommen. Poincarré wurde zum Referenten gewählt und wird morgen seinen Bericht erstatten.

Paris, 15. Jan. Das Handelsgericht verurtheilte in Folge eines von dem Liquidator der „Société des Dépots" angestrengten Prozesses die seit dem Jahre 1884 bei dieser Gesellschaft gewesenen Administratoren zur Zahlung eines Schadenersatzes von sechs Millionen Francs.

London, 15. Jan. Das Oberhaus hat die erste Lesung der Kirchspielrathsbill angenommen und sich darauf bis zum Freitag vertagt.

Bukarest, 14. Jan. Anläßlich des Neujahrsfestes fand Vormittags in der Kathedrale eine kirchliche Feier statt, worauf der Königin den Sälen des erzbischöflichen Palastes die Glückwünsche der Staatswürdenträger entgegennahm.

Newyork, 15. Jan. Der Expreßzug von Dower stieß heute Vormittag in der Nähe von Jersey City am Delaware auf den von Orange abgelassenen Expreßzug der Lackawanna-Western-Eisenbahn. Etwa 20 Personen sollen bei dem Zusammenstoß ums Leben gekommen, viele verwundet sein.

Rio de Janeiro, 15. Jan. In den Gefechten im Süden sind zahlreiche Aufständische getödtet und verwundet worden.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienstder „Pos. Ztg."

Berlin, 16. Januar, Morgens.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes berieth heute über die im Jahre 1896 projektirte Berliner Gewerbeausstellung und lehnte, wie die „Voss. Ztg." meldet, durch den Uebergang zur Tagesordnung den Antrag des Festausschusses ab, da der Verein eine Ausstellung nicht den Interessen des deutschen Gewerbefleißes für entsprechend erachtet. Im Laufe der Debatte erklärte der Vorsitzende, der frühere Minister Delbrück, nach seinen Erfahrungen herrsche in den gewerblichen Kreisen die Ansicht, daß eine lokale Ausstellung von Uebel sei, weil sie die Kräfte zersplittere.

Bezüglich des Gesetzentwurfs, betreffend die landwirthschaftlichen Kammern, soll nach dem „B. T." die Absicht bestehen, dieselben an Stelle der landwirthschaftlichen Centralvereine zu stellen. Letztere sollen zunächst neben den landwirthschaftlichen Kammern bestehen bleiben. In betreff der Verschuldungsfrage nimmt die Regierung an, daß beim Klein- und Mittelbesitzer ein Drittel, beim Großgrundbesitzer die Hälfte des Besitzes verschuldet sei.

Die Auflage der letzten Nummer des „Sozialist" ist konfiszirt worden. Es verlautet, daß die Beschlagnahme eines aufreizenden Aufrufs wegen, den der anarchistische Metallarbeiter Rodrian an die Arbeitslosen erlassen habe, erfolgt sei.

Der bei dem Attentat auf der badischen Bahn ermordete Reisende ist als Kaufmann Hiseby aus Winterthur rekognoszirt worden; er wohnte in Waller. (?)

Die „Voss. Ztg." meldet aus Prag:

Im Hörsaale des Professors der Psychologie, Hering, fanden gestern Kundgebungen statt, weil dieser bei dem letzten Examen 27 Kandidaten hatte durchfallen lassen.

Die „Agenzia Stefani" meldet aus Carrara in Italien: Zwei Schwadronen Kavallerie sind hier eingetroffen, weitere 500 Mann werden noch heute erwartet. Die Stadt ist militärisch besetzt, die Läden sind geschlossen, da man befürchtet, die Anarchisten würden Nachts in die Stadt eindringen. Außerhalb der Stadt wurden Flintenschüsse gehört. Die Aufständischen durchstreifen das Land, um Waffen zu erlangen.

Aus Carrara wird weiter berichtet: Bewaffnete Banden errichteten Barrikaden um Carrara, um den Weg nach der Ebene abzuschließen. Die Gendarmerie vereitelte diesen Plan und verhinderte die Meuterer ihren weiter befindlichen Genossen das verabredete Zeichen zu geben. Trotzdem gelang es den Meuterern alle diensthabenden Zollwächter zu entwaffnen.

Nach Meldungen aus Livorno war die dort im Gebäude der monarchistischen Vereinigung aufgefundene Bombe aus Bronze, besonders groß und ähnelte in der Form einer Glasflasche. Welche Explosivstoffe die Bombe enthielt, ist noch nicht bekannt. — Die Zeitungsverkäufer in Livorno haben die Arbeit eingestellt.

Aus Brüssel wird gemeldet:

Elisé Reclus' Antrag, seine Vorlesungen hier außerhalb der Universität zu halten, wurde angenommen.

Aus Washington wird unterm 15. d. Mts. gemeldet: Im Repräsentantenhause fand heute die erste Lesung der Tarifvorlage statt, worauf die Diskussion über die eingegangenen Anträge begann.

Der kaiserlich deutsche Konsul in Kalkutta, Heyking, ist zum Generalkonsul in Kairo ernannt worden.

Marktberichte.

Bromberg, 15. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 130—135 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M, geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 145—155 M.

Breslau, 15. Jan. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Jan. 123,00 Gd. Hafer p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr., p. Jan. 153,00 Gd. Rüböl p. 100 Kilo — Gekündigt — Ztr., p. Jan. 47,00 Br., April-Mai 47,50 Br. Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

** **Stettin,** 13. Jan. Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur —2° R. Barometer 767 Mm. — Wind: SW.

Weizen still, per 1000 Kilogr. loko 133—140 M., p. Januar 139,5 M. nom., per April-Mai 145 M. Br. u. Gd., p. Mai-Juni 146,5 M. B. u. Gd., p. Juni-Juli 148 M. Br., 147,5 M. Gd. — Roggen still, per 1000 Kilogr. loko 117—122 M., per Januar 122 M. Gd., per April-Mai 127 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 128 M. Br. u. Gd. — Gerste per 1000 Kilo loko 138 bis 160 M. — Hafer per 1000 Kilo loko 140—148 M., feinster über Notiz. — Spiritus behauptet, per 10 000 Liter Proz. loko ohne Faß 70er 32 M. bez., per Jan. 70er 31,5 M. nom., per April-Mai 70er 33,2 M. nom., per Mai-Juni 70er 33,5 M. nom. — Angemeldet: nichts. — Regulirungspreise: Weizen 139,5 M., Roggen 122 M., Spiritus 70er 31,5 M. (D.-Z.)

** **Leipzig,** 15. Jan. [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Januar 3,42½ M., per Februar 3,42½ M., p. März 3,45 M., per April 3,47½ M., per Mai 3,50 M., p. Juni 3,55 M., per Juli 3,57½ M., p. August 3,60 M., p. Sept. 3,62½ M., pr. Okt. 3,65 M., p. Nov. 3,65 Mark. — Umsatz 25 000 Kilogr.

** **Bradford,** 15. Jan. Wolle ruhiger, man wartet die Lodoner Auktion ab; ordinäre Kreuzzuchten begehrt, Mohairwolle flauer, Garne ruhig, stetig, Stoffe ruhig.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad.
15. Nachm. 2	760,9	SW leicht	heiter	— 2,3
15. Abends 9	760,6	SW mäßig	bedeckt	— 2,3
16. Morgs. 7	760,9	SW leicht	bedeckt [1]	— 0,0

[1]) Nebel.

Am 15. Jan. Wärme-Maximum — 2,0° Celf.
Am 15. = Wärme-Minimum — 13,2° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Jan. Morgens 0,90 Meter
= = 15. = Mittags 0,92 =
= = 16. = Morgens 0,90 =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 15. Jan. **[Zur Börse.]** Wir haben uns im letzten Wochenbericht mit den abfälligen Aeußerungen der Wiener Presse über die Kapitalskraft und die wirthschaftliche Lage Deutsch-

lands beschäftigt. Es bedarf wirklich keiner Anstrengung, um die oft bis zum Unsinn reichenden Urtheile zu widerlegen. Dennoch müssen wir uns heute wieder mit demselben Gegenstand befassen, wozu der Wochenbericht der „N. Fr. Pr." einen Anlaß bietet. Dieses Blatt, das sonst in seiner Betrachtung der ökonomischen Verhältnisse unter den Wiener Blättern das meiste Verständniß verräth, bekundet in seiner letzten Wochenschau eine Verwirrung der Gedanken, die an der Berliner Börse heute Heiterkeit, aber gemischt mit einem gewissen Mitleid, erregte. In diesem Augenblick plant das Doppelreich neue Finanzgeschäfte. Es ist auf die Mitwirkung der deutschen Finanzkräfte angewiesen. Das Rothschild-Konsortium, dem deutsche Institute angehören, hatte nur mit Hilfe dieser die im Vorjahre ausgegebenen Goldanleihen unterzubringen vermocht, ferner sind unsere Institute noch mit einem Theil der 40 Millionen Gulden-Rente belastet, die das Rothschild-Konsortium zuletzt übernahm. Nach alledem und angesichts dessen wagt das genannte Blatt Invektiven gegen die deutschen Institute und insbesondere gegen den Leiter einer der hervorragendsten Institute zu schleudern. Natürlich geschieht das, weil, wie wir schon im Wochenbericht sagten, die Wiener wieder nach der Brücke des französischen Kapitals schielen und dieses in den Himmel heben, um es für die Interessen Oesterreichs zu gewinnen. Da muß denn der Herr v. Hansemann so viel Sorgen in seinem Institute haben und soll „von den Patienten in seinem häuslichen Spital derart in Anspruch genommen sein, daß er über seine dringendsten Pflichten kaum hinausgreifen kann". Da wird weiter auch eine andere heimische Bank mit dem Prädikat der Unfähigkeit belegt. Das ist der Dank für die innigen Beziehungen und tausendfachen Hilfeleistungen, die Oesterreich durch die finanzielle Verbindung mit Deutschland erhielt. Dafür will man das französische Kapital eintauschen, das, wie es Italien gegenüber bewiesen hat, nur um den Preis einer Demüthigung im gegenwärtigen Augenblick zu gewinnen ist. Uebrigens werden wir uns demnächst die Mühe, den Herren an der Donau nachzuweisen, wie unsere Banken inmitten der langdauernden und tiefgreifenden Krisis einen Organismus zeigen, so kräftig, wie ihn die österreichischen Banken auch in einer langen Reihe glänzender Jahre schwerlich erreichen werden. Die Liquidität unserer Institute wäre stark genug, um größere Geschäfte zu unternehmen. Aber die Vorsicht gebietet ihnen eine Zurückhaltung, die gegenüber der Ueberspekulation an den österreichischen Börsen durchaus gerechtfertigt ist. Die Verschlechterung der österreichischen Valuta ist geeignet diese Vorsicht zu verschärfen. Sie machte heute einen verstimmenden Eindruck, dem im Verein mit der matten Haltung der Italiener wesentlich die schwache Haltung der Börse zuzuschreiben war. Die Aussicht auf eine Diskontermäßigung in London und der Rückgang des hiesigen Privatdiskonts übten keinen Einfluß aus. Nur heimische Anleihen waren etwas fester mit Ausnahme der 3prozentigen. Ferner waren Serben prozentweise höher. Banken lagen schwach. Der Montanaktienmarkt war ohne Leben und neigte, soweit bei der Geringfügigkeit der Umsätze von einer Tendenz gesprochen werden kann, der Schwäche zu. Die Mittheilung des „Glückauf", daß die linksrheinische Eisenbahn doch eine ergänzende Kohlenlieferung, wenn auch von geringem Umfange, außerhalb des Syndikats zu alten Preisen abgeschlossen hat, verstimmte nunmehr für Kohlenwerthe, als s. Z. bei Bekanntwerden dieser Nachricht ein energisches Dementi derselben durch die „Rh.-W.-Ztg." erfolgt war. Es fanden dann auch vielfach Realisirungen von Kohlenaktien statt. Eisenwerthe waren etwas besser gehalten, speziell Laura-Aktien, zu deren Gunsten der russische Handelsvertrag noch immer ins Feld geführt wird. (N. Z.)

Breslau, 15. Jan. (Schlußkurse.) Matt.
Neue 3proz. Reichsanleihe 86,10. 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,70 Konsol. Türken 22,85, Türk. Loose 94,00. 4proz. ung. Goldrente 95,40, Bresl. Diskontobank 96,80 Breslauer Wechslerbank 94,00, Kreditaktien 216,50, Schles. Bankverein 131,00 Donnersmarckhütte 92,00, Flöther Maschinenbau — —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 128,50, Oberschles. Eisenbahn 58,50, Oberschles. Portland-Zement 89,00, Schles. Zement 138,00. Oppeln. Zement 105,00. Kramsta 129,00. Schles. Zinkaktien 178,00, Laurahütte 113,65, Verein Oelfabr. 84,00. Oesterreich. Banknoten 163,30, Russ. Banknoten 219,15, Giesel Zement 91,00. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,00

Bremen, 15. Jan. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Stetig. Loko 5,05.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 42 Pf., Upland, Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, per Jan. 41¾ Pf., p. Febr. 42 Pf., p. März 42¼ Pf., p. April 42½ Pf., p. Mai 42¾ Pf., p. Juni 43 Pf.

Schmalz. Ruhig. Loko Wilcox 44½ Pfg., Armour shield 44½ Pf., Cudahy 46½ Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 36 Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middl. loco 40, Jan.-Abladung 38.

Wolle. Umsatz: — Ballen.

Tabak. Umsatz: 25 Faß Kentucky, 273 Seronen Carmen.

Hamburg, 15. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Jan. 12,42½, p. März 12,42½, per Mai 12,50, per Sept. 12,57½. Ruhig.

Hamburg, 15. Jan. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Jan. 83½, per März 83, per Mai 81½, per Sept. 78¾. Behauptet.

Paris, 15. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 34,50. — Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Jan. 37,37½, p. Febr. 37,37½, per März-Juni 37,37½, per Mai-Juni 37,50.

Paris, 15. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 21,00, per Februar 21,20, per März-April 21,50, per März-Juni 21,70. — Roggen ruhig, p. Jan. 14,60, per März-Juni 15,00. Mehl fest, per Januar 44,30, per Februar 44,70, per März-April 45,30, per März-Juni 45,70. Rüböl steigend, per Januar 55,75, per Februar 56,25, per März-April 56,50, per März-Juni 56,25. — Spiritus behpt., per Jan. 35,00, per Febr. 35,50, per März-April 35,75, p. Mai-August 36,75. — Wetter: Milde.

Havre, 15. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 6000 Sack, Santos 8000 Sack Rezettes für Sonnabend.

Havre, 15. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Jan. 104,25, per März 103,50, p. Mai 101,50. Behauptet.

Antwerpen, 15. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12¾ Br. Fest.

Antwerpen, 15. Januar. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Amsterdam, 15. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, p. März 154, p. Mai 156. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine etwas niedriger, per März 110, p. Mai 110. — Rüböl loko 25, per Mai 23⅜, p. Herbst —.

Amsterdam, 15. Jan. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 15. Jan. Bancazinn 45.

London, 15. Jan. An der Küste 7 Weizenladungen angeboten. Wetter: Milde.

London, 15. Jan. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 6. bis 12. Januar: Englischer Weizen 1256, fremder 41144, englische Gerste 2394, fremde 60930, englische Malzgerste 14651, fremde —, englischer Hafer 15, fremder 14740 Qrts., englisches Mehl 13039, fremdes 25519 Sack und — Faß.

Glasgow, 15. Jan. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 8359 Tons gegen 7227 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 15. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 42 sh. 11½ d.

Liverpool, 15. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12000 Ball., davon für Spekulation u. Export 1500 Ball. Fest.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar $4\frac{11}{32}$ Käuferpreis, Febr.-März $4\frac{23}{64}$ do., März-April $4\frac{25}{64}$ do., April-Mai $4\frac{27}{64}$ do., Mai-Juni $4\frac{29}{64}$ Werth, Juni-Juli $4\frac{15}{32}$ Käuferpreis, Juli-August 4½ do., August-September $4\frac{36}{64}$ d. do.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 16. Jan. Wetter: Thauwetter.

Newyork, 15. Jan. Weizen per Jan. 66⅛ C., per Febr. 67 C.

Hamburg, 15. Jan. Salpeter loko 8,80, Februar-März 8,95. Ruhig.

Berliner Produktenmarkt vom 15. Januar.

Wind: SW., früh — 5 Gr. Reaum., 762 Mm. — Wetter: Bedeckt.

Angesichts des weiteren Rückgangs, den die Weizenpreise vorgestern in Amerika erfahren haben, eröffnete auch unser Markt wieder in schwacher Haltung, sodaß man, sowohl was Weizen, wie Roggen anlangt, zumeist noch eine Kleinigkeit unter Sonnabendsnotirungen ankommen konnte. Irgendwie belangreich war das Angebot jedoch nicht, und als zufällig später etwas mehr Kauflust hervortrat, hat man, wenigstens für Roggen, wieder vorgestrige Preise bewilligen müssen.

Hafer war auf Sommerlieferung etwas billiger angeboten, im Uebrigen unverändert.

Roggenmehl blieb sehr still.

Rüböl hat sich nicht verändert.

Spiritus eröffnete etwas fester, hat aber schließlich nur Sonnabend-Preisstand behauptet.

Weizen loco 137—149 Mark nach Qualität gefordert, Mai 149 M. bez., Juni 150,50 M. bez.

Roggen loco 123—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126,50 M. ab Bahn bez., Jan. 126 M. bez., April 130 M. bez., Mai 130,75—131 M. bez., Juni 131,50 M. bez.

Mais loko 113—121 M. nach Qualität gef., Januar 112,50 M. nom., Mai 107,25 M. nom., Juni 108 M. nom., Juli 108,50 M. nom., September 110 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 110—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 142—182 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 143—163 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 144—165 M., do. schlesischer 144—163 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 167—175 M. ab Bahn bez., Mai 140,25 M. bez., Juni 139,25 M. bezahlt.

Erbsen Kochwaare 164—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46 M. bez., April-Mai 46,6 M. bez., Mai 46,8 M. bez., Oktober 47,6 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—18,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25 bis 15,50 M. bez., Januar 16,25 M. bez., Mai 17,00 M. bez., Juni 17,10 M. bez., Juli 17,25 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 52,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 33,3 M. bez., Januar 36,8—36,7 M. bez., April 38—37,8 bis 37,9 M. bez., Mai 38,2—38—38,1 M. bez., Juni 38,7—38,5 bis 38,6 M. bez., Juli 39—38,9—39 M. bez., Aug. 39,4 M. bez., September 39,6—39,7—39,6 M. bez.

Petroleum loko 19,80 M. bez.

Kartoffelmehl Januar 15,00 M. Br.

Kartoffelstärke, trockene, Jan. 15 M. Br.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Mais auf 112,50 M. per 1000 Kilo. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechselv. 15. Jan.

Amsterdam	5	8 T.	168,90 bz
London	3	8 T.	20,37 bz
Paris	2½	8 T.	81,00 G.
Wien	5	8 T.	162,95 bz
Petersburg	5	3 W.	217,30 bz
Warschau	5	8 T.	218,00 bz

in Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 3 bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,33 G.
20 Francs-Stück	16,21 bz
Gold-Dollars	418,00 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,37 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,00 B.
Oestr. Noten 100 fl.	163,30 bz B.
Russ. Noten 100 R.	219,00 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,20 bz
do. do.	3½	100,30 G.
do. do.	3	85,90 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,30 bz G.
do. do.	3½	100,70 bz
do. do.	3	85,90 G.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,30 bz
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 B.
Berl. Stadt-Obl	3½	98,10 bz G.
do. do. neue	3½	98,10 bz G.
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	95,30 bz G.
Pfandbriefe		
Berliner	5	116,00 bz
do.	4½	108,00 B.
do.	4	104,80 G.
do.	3½	99,00 bz
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,00 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,60 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,20 bz
Pommer	3½	98,00 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,10 B.
do.	3½	97,00 B.
Schls. altl.	3½	97,75 B.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	97,75 B.
do.	4	
do. neu do.	3½	97,75 B.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	96,60 bz
do. neu I. II.	3½	96,80 bz
Renten		
Pommer.	4	103,20 bz
Posensch.	4	103,10 G.
Preuss.	4	103,10 bz
Schles.	4	103,20 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,50 G.
Bayer. Anleihe	4	106,90 G.
Brem. A. 1892	3½	97,00 B.
Hmb. Sts. Rent.	3½	98,00 bz
do. do. 1886	3	85,20 B.
do. amort. Anl.	3½	96,80 B.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	86,60 B.
Prss. Präm-Anl	3½	120,00 bz
H. Pr.-Sch. 40 T	—	380,00 bz
Bd. Präm.-Anl.	4	135,25 bz G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,60 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	104,40 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	131,20 B.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	132,00 B.
Lüb. 50 T.-L.	3½	126,20 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	26,90 bz
Oldenb. Loose	3	128,30 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	47,60 bz
do. 1888	5	
Bukar. Stadt-A.	5	95,90 bz
Buen. Air. Obl.	5	31,50 bz
Chines. Anl.	5½	103,75 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	59,25 bz
Griech. Gold-A	5	30,10 bz
do. cons. Gold	4	24,50 G.
do. Pir.-Lar.	5	
Italien. Rente	5	76,30 B.
Kopenh. St.-A.	3½	93,50 G.
Lissab. St. A. I. II	4	52,70 G.
Mexikan. Anl.	6	65,30 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,25 bz
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97,20 bz B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	93,90 G.
do. do.	4⅕	94,10 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,75 bz
do. 250 Fl. 54.	4	147,00 bz
do. Kr 100 (58)	—	323,40 bz
do. 1860er L.	5	146,00 bz G.
do. 1864er L.	—	325,10 G.
Poln. Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	67,50 bz
do. Liq.-Pf.-Br	4	64,80 bz G.
Port. A 88—89	—	28,50 bz B.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	101,40 G.
Röm. Stadt-A.	4	81,50 bz
do. II. III. VI.	4	71,00 bz G.
Rum. Staats-A.	4	82,00 bz
do. Rente 90	4	82,20 bz
do. do. fund.	5	101,60 G.
do. do. amort.	5	95,00 bz
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. St. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,20 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,10 bz
III. Orient 1879	5	69,20 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864.	5	
do. 1866.	5	153,50 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	108,50 G.
do. neue.	4½	103,00 bz
Schwedische	3½	96,30 bz B.
Schw. d. 1890	3½	96,30 bz
do. 1883	4	101,00 bz G.

Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,20 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	80,00 bz
do. Rente	5	69,20 bz G.
do. neue 85	5	69,80 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	103,20 G.
do. St.-Anl. 86	4	100,00 bz G.
Span. Schuld.	4	
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,40 G.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	93,10 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,50 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,50 G.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose	—	255,10 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,50 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	2¼	59,50 bz
Altenbg.-Zeitz	$9\frac{1}{15}$	
Crefelder	4	73,00 bz
Crefld-Uerdng	2	87,25 bz
Dortm.-Ensch.	4¼	110,50 bz G.
Eutin. Lübeck	1¼	41,75 bz
Frnkf.-Güterb.	1	60,75 bz
Ludwsh.-Bexb.	9¼	223,00 bz
Lübeck-Büch.	6	137,10 bz
Mainz-Ludwsh	4¼	112,60 bz
Marnb.-Mlawk.	½	76,25 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,00 G.
Ostpr. Südb.	0	76,75 bz
Saalbahn	0	25,50 bz G.
Stargrd-Posen	4½	102,80 bz G.
Weimar-Gera	—	15,70 bz G.
Werrabahn	0,85	50,20 bz
Albrechtsbahn	—	
Aussig-Teplitz	20	600,00 bz
Böhm. Nordb.	5	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	10¼	
Canada Pacifb.	5	70,25 bz
Dux-Bodenb	5	
Galiz. Karl-L.	4½	
Graz-Köflsch.	6½	
Kaschau-Od	4	
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	6½	
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	4¾	102,00 bz G.
do. Nordw.	5	106,75 G.
do. Lit. B. Elb.	5¼	
Raab-Oedenb.	½	30,00 bz G.
Reichenb.-P	—	
Südöstr. (Lb.)	⅗	48,70 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	66,00 bz
Donetzbahn	5	113,30 G.
Ivang. Domb.	5	109,75 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	—	71,30 bz
Russ. Staatsb.	6,56	148,30 bz
do. Südwest.	5,45	78,75 bz

Wrsch.-Teres.	5	108,25 bz
Wrsch.-Wien.	11¼	
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	1½	97,75 bz
Gotthardbahn	6½	155,00 bz
Ital. Mittelm.	5	78,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	105,00 bz
Lüttich-Lmb.	0,8	31,00 bz G.
Lux. Pr. Henri	2,7	62,60 G.
Schweiz. Centr	4	119,00 bz
do. Nordost	5	107,90 bz
do. Unionb.	⅖	80,60 bz
do. Westb.		
Westsicilian	⅗	47,30 bz B.

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	112,00 bz
Bresl.-Warsch	$1\frac{8}{20}$	55,00 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,30 bz
Dux-Bodnb AB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	111,40 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	6	
Dortm.-Gron.	4½	115,00 bz G.
Marienb Mlawk	5	111,00 bz G.
Mecklb. Südb.	—	54,70 B.
Ostpr. Südb.	2	108,50 bz
Saalbahn	3½	93,75 bz G.
Weimar-Gera	$3\frac{2}{3}$	85,25 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn	4	101,90 bz
Oberschl.	3½	
do. (Starg Pos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	103,60 G.
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	101,50 bz G.
Dux-Bodenb. I.		103,00 G.
Dux-Prag G-Pr	4	100,75 bz G.
do. 1891	4	100,75 bz G.
Franz.-Josefb.	4	93,80 G.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,40 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,75 G.
Kronp Rudolfb.	4	93,00 G.
do. Salzkammg	4	100,50 G.
Lmb Czern. stfr	4	92,60 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	85,00 bz B.
do. Staats-I. II.	5	108,50 G.
do. Gold-Prio.	4	101,00 bz B.
do. Lokalbahn	4	100,25 B.
do. Nordwestb.	5	104,00 bz
do. Ndw B. G-Pr	5	107,00 bz
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,60 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	61,00 bz
do. Obligation.	5	104,50 bz G.
do. Gold-Prior.	4	97,50 bz G.

Baltische gar.	5	100,80 G.
Brest-Grajewo	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,75 G.
Kozlow-Wor. g.	4	94,80 bz
do. 1889	4	95,30 G.
do. Chark. As. (O)	4	94,90 bz
do. (Oblig.) 1889	4	95,70 bz
Kursk-Kiew conv	4	95,30 bz G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	68,50 G.
do. Kursk gar.	4	91,00 bz G.
do. Rjäsan gar.	4	95,00 bz G.
do. Smolensk g.	5	103,60 bz
Orel-Griasy conv	4	95,00 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,00 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	103,50 bz
Rybinsk-Bolog.	5	97,25 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	99,00 bz
Transkaukas. g.	3	82,50 bz B.
Warsch.-Ter. g.	5	103,80 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,40 bz
Wladikawk. O. g.	4	98,80 G.
Zarskoe-Selo	5	93,00 G.
Anatol. Gold-Obl	5	88,80 bz G.
Gotthardbahnov.	4	102,70 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,40 B.
Süd-Ital. Bahn	3	51,40 B.
Serb. Hyp.-Obl.	5	73,00 bz
do. Lit. B.	5	67,10 bz
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	97,50 G.
Manitoba	4½	95,25 G.
Northern Pacific	6	104,10 G.
San Louis-Franc.	6	84,25 G.
Southern Pacific	6	102,30 bz G.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	114,00 B.
do. do. II.	3½	108,00 bz
do. do. III. abg.	3½	99,00 bz G.
do. do. IV. abg.	3½	99,00 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,50 bz G.
do. do.	4	102,50 bz G.
do. do.	3½	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3½	94,00 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,00 B.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	114,00 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,25 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,90 G.
do. do. X (rz. 110)	4½	111,50 bz
do. do. (rz. 100)	4	100,80 bz
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	95,70 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,50 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,75 bz
do. do. do.	3½	95,00 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,50 bz G.
do. do. (rz. 110)	4	102,40 bz G.
do. do. (rz. 100)	4	101,40 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	70,60 bz
Berl. Cassenver.	4½	127,60 G.
do. Handelsges.	6	135,10 bz
do. Maklerver.	8¼	116,30 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	130,10 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	96,80 bz B.
do. Wechslerbk.	4½	94,30 G.
Danz. Privatbank	7⅛	
Darmstädter Bk.	5¼	
do. do. Zettel	3,70	99,75 bz G.
Deutsche Bank	8	157,75 bz
do. Genossensch	4⅚	112,25 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	117,50 G.
Disc.-Command.	6	177,50 bz
Dresdener Bank	7	135,90 bz
Gothaer Grund-creditbank	3½	86,30 G.
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	5	96,50 G.
Leipziger Credit	8½	175,25 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,00 G.
Maklerbank	5	105,75 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	136,50 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.	6	109,10 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	95,90 bz
Nationalbk. f. D.	5	108,30 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	95,25 G.
Oester. Credit-A.	$9\frac{1}{16}$	216,60 bz
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113,10 G.
Posen. Prov.-Bk.	4½	104,25 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,50 bz B.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	157,75 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	123,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	104,60 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	18	224,50 G.
do. Leihhaus	6	92,10 bz
Reichsbank	7,55	152,00 bz B.
Russische Bank	5	89,80 G.
Schles. Bankver.	5½	110,50 G.
Warsch. Comerz	9	
do. Disconto	7½	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	8½	138,75 bz G.
Anglo. Ct. Guano	11¾	151,80 bz G.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅘	799,00 B.
Bauges. City St.-Pr.	0	
Bauges. Dtsche. Bau	3	76,75 bz
Bauges. Hann.-St. P.	3½	66,40 bz
Bauges. Humb.	5½	
Moabit	8	134,00 B.
Passage	3½	66,00 G.
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	8½	156,50 bz G.
Berl. Lagerhof	0	83,60 bz G.
do. do. St.-Pr.	9	117,75 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	43,00 bz
Berl. Bock-Br.	0	53,50 bz
Schultheiss-Br.	15	228,90 bz G.
Bresl. Oelw.	4½	84,00 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,75 bz
Deutsche Asph.	5	79,00 B.
Dynamit Trust	10	132,10 bz
Erdmannsd. Sp.	5½	90,00 bz B.
Fraust. Zucker	0	110,00 bz B.
Glauz. Zucker	12	108,60 G.
Gummi Har Wien	25	285,00 G.
do. Schwanitz	12½	180,50 G.
do. Voigt Winde	8	129,00 G.
do. Volpl. Schldt.	4	93,50 bz
Hemmoor Cem.	6	104,75 G.
Köhlm. Strk.	14	224,00 B.
Körbisdf. Zucker	2½	100,60 G.
Löwe & Co.	18	246,00 bz G.
Bresl. Linke	10	147,30 bz
do. Hofmann	10	132,00 B.
Germ. Vrz.-Akt.	—	69,50 bz G.
Görlitz Körn.	7	115,25 G.
Görl. Lüdr.	9	136,25 G.
Grusonwerk		
H. Pauksch	2	59,00 G.
Schwarzkopff	15	221,60 G.
Stettin-Vulk.-B.	9	106,25 G.
Sudenburg	14	174,75 G.
O.-Schl. Cham.	—	57,25 G.
do. Portl.-Cem.	1½	89,10 G.
Oppeln. Cem.-F.	4	105,10 G.
do. (Giesel)	2	91,25 bz G.
Gr. Berl. Pferdeb.	12½	232,80 bz G.
Hamb. Pferdeb.	0	97,75 G.
Potsd. ov. Pferdb.	5	89,80 bz G.
Posen. Sprit-F.	5	95,25 G.
Rositzer Zucker	3	69,50 bz G.
Schles. Cement	7½	139,00 bz G.
Stett. Bred. Cem.	2	83,00 G.
do. Chamott.	15	195,50 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	118,75 G.
Berzelius	10	117,00 bz
Bismarkhütte	8	151,50 bz
Boch. Gusst.-F.	3½	123,50 bz G.
Donnersmarck	—	91,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,75 G.
Gelsenkirchen	9	148,00 G.
Hibernia	5½	121,10 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	28,50 G.
Inowracl. Salz	1	43,00 bz G.
König u. Laura	3	113,60 bz
Lauchham. cv.	4½	94,00 bz
Louis. Tief. St.-P.	—	102,00 bz G.
Oberschl. Bed.	½	57,80 bz G.
do. Eisen-Ind.	4½	98,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	0	7,10 G.
Riebeck. Mont.	11	162,00 bz G.
Schles. Kohlw.	0	23,50 bz G.
do. Zinkhütte	15	178,10 G.
do. do. St.-Pr.	15	178,10 G.
Stolb. Zink-H.	1	33,50 G.
do. St.-Pr.	6	100,60 G.
Tarnowitz ov.	0	52,25 bz G.
do. do. St.-Pr.	0	22,50 G.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.